



09. September 2022

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Das dritte Entlastungspaket beschlossen**
- **Einbringung des Bundeshaushalts**
- **Edgar Franke zur Gesundheitspolitik nach einem Jahr Ampelkoalition**
- **Günstige überregionale Bahnfahrten ermöglichen – die Nachfolge des 9€ Tickets**
- **Besuch in der virtuellen Realität bei Airbus**
- **Bilder der Woche**

Das dritte Entlastungspaket beschlossen

Das dritte Entlastungspaket kommt. In dieser Woche hat die Bundesregierung das umfangreichste Entlastungspaket für die Bürgerinnen und Bürger auf den Weg gebracht, um den steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten zu begegnen. Auch Rentnerinnen und Rentner sowie Studierende sind bedacht.

Rentner erhalten eine zu versteuernde Energiepreispauschale von 300 Euro, Studierende und Fachschüler eine Einmalzahlung von 200 Euro.

Wohngeldempfänger erhalten einen erneuten Heizkostenzuschuss und der Kreis der Berechtigten wird gleichzeitig stark ausgeweitet. Mit einem

Kündigungsschutz wird dafür gesorgt, dass niemand wegen überfordernder Nebenkosten auf der Straße landet. Und es wird sichergestellt, dass nicht der Strom oder das Gas abgestellt werden kann, wenn eine Rechnung akut nicht beglichen werden kann.

Hinsichtlich des Strompreises wird eine Strompreisbremse für den Basisverbrauch kommen, damit der Strom für alle bezahlbar bleibt.

Auch Familien und Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen werden gezielt entlastet. Das Kindergeld wird um 18 Euro erhöht, wir entlasten bei der Einkommensteuer und für geringe Einkommen auch bei der Sozialversicherungsabgabe.

Daneben werden steuer- und abgabefreie zusätzliche Zahlungen durch den Arbeitgeber ermöglicht. Gleich auf drei Wegen helfen wir, Arbeitsplätze in Krisenzeiten zu erhalten - durch Energiekostenzuschüsse, finanzieller Unterstützung der Unternehmen und Verlängerung der Kurzarbeit.



Einbringung des Bundeshaushalts

In dieser Woche war die Einbringung des Bundeshaushalts für das Jahr 2023. In der Debatte zum Etat des Bundeskanzleramts mahnte am Mittwoch Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Rede zum Bundeshaushalt vehement die Versäumnisse der von der Union in den letzten 16 Jahren geführten Bundesregierung an, die es u.a. nicht fertig gebracht hatte, rechtzeitig auf die Erneuerbaren Energien umzusteigen, um so die jetzigen Zustände effektiv zu verhindern.



Viele Kosten, die zulasten der Bürger gehen und nun durch Hilfen abgewendet werden müssen, resultieren aus fehlender Innovation und Umsetzung der letzten Jahre. Bundeskanzler Olaf Scholz führte aus, dass eine Partei „die bis heute fast jede Windkraftanlage persönlich bekämpft“ wenig zur Lösung der Energieversorgungsprobleme beigetragen habe.

„Es ist wichtig, dass wir die Mittel, die uns in diesem Bundeshaushalt zur Verfügung stehen, bestmöglich für die Bürgerinnen und Bürger einsetzen. Das reicht von Soforthilfen, über Erleichterungen für Rentner und Menschen mit einem geringeren und mittleren Einkommen hin bis zur Erhaltung von Arbeitsplätzen“, sagt Esther Dilcher als Haushälterin der SPD-Bundestagsfraktion.

„Eine Herzensangelegenheit“, wie die Juristin sagt. Sie verantwortet als Berichterstatterin die Einzelpläne Bundesrat, Justiz, Bundesverfassungsgericht sowie Ernährung und Landwirtschaft.

Edgar Franke zur Gesundheitspolitik nach einem Jahr Ampelkoalition

Die Bewältigung der Corona-Pandemie hat uns in den letzten beiden Jahren hunderte Milliarden Euro gekostet. Es ist dringlich, dass wir den Haushalt im Gesundheitsbereich ausgleichen und strukturelle Reformen einführen. Nur so können wir nachhaltig eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung unabhängig vom Wohnort und vom Geldbeutel sicherstellen.



In diesem **1. Teil des Beitrages zur Gesundheitspolitik nach einem Jahr Ampelkoalition** sollen zunächst einmal die zentralen gesundheitspolitischen Vorhaben der Ampel-Koalition dargelegt werden. In einem weiteren Teil im Newsletter vom 23. September werden die notwendigen strukturellen Reformen – Krankenhausreform, Finanzierung der GKV und Sicherung der stationären Pflege betrachtet werden.

1. Digitalisierung

Seit 2003 gestaltet sie sich schwierig. Zum einen, weil zu wenig an sogenannten interoperablen Lösungen (sorgen für Vereinbarkeit von Systemen) gearbeitet wurde. Zum anderen, weil mit Verweis auf den Datenschutz viele Entwicklungen nur schleppend Akzeptanz finden.

Wir werden jetzt erstmal all das stabil zum Laufen bringen, was schon längst hätte laufen sollen. Die elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (**eAU**) und das elektronische Rezept (**eRezept**) sind dabei ganz weit oben auf unserer Agenda. Die eAU läuft schon seit Herbst letzten Jahres. Beim eRezept gibt es wieder Probleme. Aber am bestehenden Zeitplan wird festgehalten. Auch die elektronische Patientenakte (**ePA**) wird in dieser Legislaturperiode kommen. Die **Telemedizin**, zum Beispiel die Videosprechstunde, werden wir noch umfassender in der Versorgung verankern.

Bei allen Maßnahmen achten wir insbesondere darauf, dass sie einen echten Mehrwert für die Patienten und die Leistungserbringer haben. Denn die Digitalisierung ist für die Menschen da und nicht umgekehrt.

2. Eine niedrigschwellige Gesundheitsversorgung

Wir setzen auf konkrete Angebote in unterversorgten Regionen. So werden wir die hausärztliche Versorgung stärken, indem wir die Budgetierung in diesem Bereich aufheben. Und kommunal getragene medizinische Versorgungszentren (**MVZ**) sollen leichter gegründet und betrieben werden können.

Außerdem werden wir den **Aufbau von tausend Gesundheitskiosken** im ganzen Bundesgebiet fördern. Menschen, die in sozial benachteiligten Regionen oder Stadtteilen wohnen, sollen dort Beratung zu verschiedensten Gesundheitsthemen erhalten. Auch einfache medizinische Aufgaben wie Blutdruck messen, Verbandswechsel und Wundversorgung sollen in den Kiosken durchgeführt werden. Dabei werden die Gesundheitskioske auch eng mit dem öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) kooperieren.

3. Eine zukunfts- und krisenfeste Krankenhausversorgung

In den vergangenen Jahren haben wir schon viel erreicht. So fördert der Bund **bedarfsnotwendige Krankenhäuser** mit bis zu 800.000 EUR pro Jahr. Dies betrifft unter anderem die Geburtshilfe, die Kinder- und Jugendmedizin und die Notfallversorgung. Das sind alles Bereiche, in denen die pauschalierte Abrechnungspraxis (Fallpauschalen - DRG) teilweise nicht auskömmlich sind.

Außerdem haben wir die **Pflege-Personalkosten** aus den Fallpauschalen herausgenommen. Es lohnt sich also nicht mehr, auf Kosten der Pflegekräfte zu sparen. Noch in diesem Jahr werden wir außerdem die Pflegepersonalregelung 2.0 einführen, um die Mitarbeiter zu entlasten.

Außerdem werden wir eine **große Krankenhausreform** auf den Weg bringen. Dabei wird es auch stark um die Finanzierung unserer Kliniken gehen. Zum Beispiel darum, wie wir unser Fallpauschalen-System ergänzen können.

Aktuell setzt das System an manchen Stellen nicht die richtigen Anreize.

Mengenausweitungen und Rosinenpickerei, lohnen sich, eine solide Grundversorgung leider nicht immer. Das spüren vor allem Kliniken in strukturschwachen Gebieten. Einige kämpfen ums wirtschaftliche Überleben.

Günstige überregionale Bahnfahrten ermöglichen – die Nachfolge des 9-EURO-Tickets

Kaum etwas hat die die Nachrichten der Sommermonate so geprägt wie das 9€ Ticket. Erstmals war es für viele Bürgerinnen und Bürger möglich, weitere Strecken mit der Bahn zurückzulegen und innerhalb Deutschlands zu verreisen. Ende August wurde das Angebot zunächst wieder eingestellt.

In den Bundesländern sowie in der Bundesregierung wird seitdem über die Fortführung eines solchen Angebots diskutiert. Klar ist, dass die dreimonatige Einführung eines bundesweit gültigen Tickets für den Nah- und Fernverkehr das Potential hatte, für eine inklusivere Mobilität zu sorgen. Nun sind neben dem Bund die Länder gefragt. Nur gemeinsam mit ihnen ist die Finanzierung eines kostengünstigen Tickets für den bundesweiten Nahverkehr möglich. Der Bund hat in dieser Woche 1,5 Milliarden Euro jährlich für die Fortführung eines solchen Angebots zugesichert. Die Bundesländer müssen jetzt für sich entscheiden, ob sie dabei helfen einen sozial ausgestalteten Personenverkehr anzubieten. Die SPD geführten Länder hatten sich bereits im August dem gegenüber positiv gezeigt.

Besuch in der virtuellen Realität bei Airbus

Wie kann man sich mithilfe einer virtuellen Realität auf schwierige humanitäre Rettungseinsätze im In- und Ausland vorbereiten, so dass im Ernstfall für schnelle Hilfe vor Ort gesorgt werden kann? In Calden, Donauwörth und Berlin werden die Antworten der Zukunft von Airbus Helicopters geliefert. Direkt zum Ausprobieren.



Gemeinsam mit ihrem Kollegen **Martin Gerster** (Bildmitte) war Esther Dilcher in dieser Sitzungswoche zu Gast bei Airbus Helicopters Deutschland, die neben ihrem Innovationsstandort in Berlin auf den Standort Kassel Airport in Calden, im Wahlkreis von **Esther Dilcher**, zur Wartung der eigenen Maschinen setzen.

Wie es sich anfühlt in einem virtuellen Helikopter der Firma Airbus zu fliegen konnte vor Ort erprobt werden. Brille auf, einsteigen und losfliegen. In der virtual reality – der virtuellen Realität – ist es möglich, die Helikopter von Airbus umfangreich auf ihre Funktionsfähigkeit im Einsatz, ihr Flugverhalten und ihrer Einsatzverwendung zu erproben. Gemeinsam mit Martin Gerster konnte Esther Dilcher den virtuell durchgeführten humanitären Rettungseinsatz erfolgreich beenden.



Esther Dilcher befürwortete das interaktive, virtuelle Training: „Am wichtigsten ist, dass Helferinnen und Helfer gut am Gerät geschult sind und Wissen aus vorherigen Trainings im Ernstfall bestmöglich angewendet werden kann. Die Übungsszenarien geben einen realen

Einblick und können so helfen, Einsätze bestmöglich zu planen und zu proben. Airbus Helicopters geht hier einen zukunftssträchtigen Weg. Virtuell in Berlin und mit realer Wartung in Calden.“

Bilder der Woche

Schriftführerempfang. Esther Dilcher (obere Reihe, erste v. rechts) war diese Woche als Schriftführerin gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen von der Bundestagspräsidentin Bärbel Bas zum Schriftführerempfang in das Amtshaus der Bundestagspräsidentin eingeladen.



Diskussion bei der AG-Zukunft des Gesundheitswesens (AGZ)



Auf dem Bild von links: Prof. Dr. Andrew Ullmann (FDP), Kathrin Vogler (Linke), Dr. Günther Matheis (Bundesärztekammer), Erwin Rüdell (CDU), Dr. Andreas Philippi (SPD), Tino Sorge (CDU) und Parlamentarischer Staatssekretär Prof. Dr. Edgar Franke.

Die Begrüßung übernahm Dr. Günther Matheis, Vizepräsident der Bundesärztekammer (auf dem Bild 3. von links). Als Parlamentarischer Staatssekretär hat Dr. Edgar Franke die gesundheitspolitischen Vorhaben der Ampelkoalition vorgestellt: Reform der Krankenhausfinanzierung mit erlösunabhängigen Vorhaltepauschalen, Gesundheitskioske als zusätzliche niedrigschwellige Angebote und finanzielle Stabilisierung der Gesetzlichen Krankenversicherung und der Sozialen Pflegeversicherung.

Herbstempfang der PKV

Im Gespräch mit Klaus Reinhardt, Chef der Bundesärztekammer (2. Von rechts), Dr. Dirk Heinrich, Chef des Spitzenverbandes der Fachärzte Deutschlands (rechts) sowie der Patientenbeauftragte, Stefan Schwartz (links) beim Empfang der PKV.



So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Wahlkreisbüro:

Bahnhofstraße 26
34369 Hofgeismar
Tel.: 05671-5099398

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5

35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke.
Die Infos werden bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben.
Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Edgar Franke, Seite 2 Image by simonschmid614 from Pixabay, Seite 3
Bild von Gerd Altmann von Pixabay, Seite 4 Tino Basoukos, Seite 5 Esther Dilcher, Seite
6 und 7 Esther Dilcher, Seite 8 Edgar Franke.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.